

# Dresdner Volkszeitung

Versandkonto: Dresden  
Ruben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Ed. Schatzk. Dresden.  
Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, A.-S. Dresden.  
Gebr. Wernsch. Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage: 3 Mark. Einzelnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Westerntorplatz 10, Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verkaufsstelle: Westerntorplatz 10, Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeiten von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Abonnementspreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatsbeilage 10 Pf., die 30 mm breite Wochenbeilage 20 Pf. für auswärtige Abonnenten 40 Pf. und 20 Pf. für Familienangehörige, Soldaten, und Militärgeliebte 40 Pf. Rabatt. Für Fernübertragung 10 Pf.

Nr. 23

Dresden, Freitag den 27. Januar 1928

39. Jahrg.

## Das agrarische Verbrechen

„Die deutsche Landwirtschaft ist in höchster Not und am Ende ihrer Kraft.“ So heißt es in der Interpellation der Koalitionsparteien des Reichstages, in der die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenkt, um den Untergang der deutschen Landwirtschaft zu verhindern. Niemals hat es ein deutlicheres Eingeständnis für den Bankrott der Zollpolitik der Reichsregierung gegeben. Als im Jahre 1925 der Wucherzolltarif durchgepeitscht wurde, da suchte man dieses Attribut auf die Lebenshaltung des deutschen Volkes damit zu rechtfertigen, daß der Aufschwung der Industrie und der Landwirtschaft von hohen Zöllen abhänge. Jetzt muß man selbst bekennen, daß diese Politik Schiffbruch erlitten hat, daß dem Landvolk durch die hohen Zölle nicht geholfen wurde, sondern daß es im Gegenteil genau wie die städtische Bevölkerung unter den gewaltig gestiegenen Preisen für die industriellen Bedarfsartikel leidet.

In Wirklichkeit ist aber nicht die deutsche Landwirtschaft in Not, sondern in erster Linie der ostelbische Großgrundbesitz. Also jener Teil der deutschen Landwirtschaft, auf dessen Bedürfnisse die Zollpolitik in erster Linie zugeschnitten war und der durch sie vor dem Untergang gerettet werden sollte. Das geht aus den Angaben über die Verschuldung der Landwirtschaft deutlich hervor. Nicht weniger als 7 Milliarden Mark sind in den letzten vier Jahren von der Landwirtschaft als Zinslast neu aufgenommen worden. Eine gewaltige Summe, wenn man beachtet, daß der Produktionswert der Landwirtschaft zwischen 13 und 15 Milliarden Mark liegen mag. Von den gesamten Krediten sind mindestens 4 Milliarden Mark spurlos verschwunden, d. h. sie sind unproduktiv verwendet worden. Das entspricht etwa dem Betrage, der in den letzten Jahren an Agrarkrediten in die ostelbische Großlandwirtschaft geflossen ist. Der ostelbische Großgrundbesitz ist infolgedessen in Sektar bewirtschafteter Plätze durchschnittlich fünf- bis sechsmal so hoch verschuldet wie der bäuerliche Betrieb. Ihm geht es deshalb schlecht. Der größte Teil der Zwangsversteigerungen entfällt auf den Großgrundbesitz in Ostelbien. Die wirtschaftliche Lage und die Kreditverhältnisse der Landwirtschaft sind hiernach ganz klar: der überwiegende, in bäuerlicher Hand befindliche Teil der Landwirtschaft ist nur wenig verschuldet und daher in seiner Grundlage gesund. Nur ein kleiner Teil, und zwar der Großbetriebe Ostelbiens, befindet sich in einer Krise, die sich immer mehr zuspitzen muß. Das aber ist die Folge des Kreditwortes der Zollhilfe, durch das die Großlandwirtschaft ins Verderben gelockt wurde und sich so verschuldet hat, daß viele Betriebe unheilbar krank wurden.

Wenn jetzt die Regierungsparteien mit Hilfe von neuen Krediten an die überschuldeten Betriebe helfend eingreifen wollen, so ist das ein Verbrechen am deutschen Volk. Die Mittel dafür muß die Masse des Volkes aufbringen. Zugute kommen sie nicht der Masse der Landwirte, sondern wenigen tausend ostelbischen Junkern. Aber auch bei ihnen wird man keinen Nutzen mit diesen Millionen stiften, weil viele Großagrarier nicht in Wirklichkeit verstehen und auch mit neuen Mitteln ihre Betriebe nicht rentabel gestalten können. Es ist ein unerhörter Skandal, daß Reichsregierung und Reichsbank solche, ihr durch das Geldrecht und die Hege des Reichsländes aufotropten Pläne auszuführen suchen. Handelt es sich doch bei all diesen Plänen nicht um eine private Kreditaktion, sondern um eine verschleierte Reichsrenteihe mit künstlicher Senkung des Zinsfußes aus öffentlichen Mitteln. Die faulen Wechsel, die die Reichsbank den Agrariern abgenommen hat, sollen in schlechte Hypotheken verwandelt werden. Ebenso unerhört aber ist ein neuer Plan, der in der Tagesordnung des Haushaltsausschusses des Reichstages vom Reichernährungsminister Schiele vertreten wurde. Man die Fleischversorgung zu regeln, soll eine neue Gesellschaft gegründet werden, der das Reich 30 Millionen Mark aus allgemeinen Mitteln zur Verfügung stellen will. Also eine Wiederholung des Experimentes mit der Getreidehandelsgesellschaft mit dem Ziel, nachdem man die Getreidepreise hochgetrieben hat, nun auch die Fleischpreise künstlich zu erhöhen.

### Der neueste Anschlag

Daneben plant man ein weiteres Attentat auf das Gefrierfleisch. Durch die Entschlüssen des Reichsbankrates über den Handel mit Einfuhrerlaubnissen ist die Tatsache ans Licht der Öffentlichkeit gezogen worden, daß die Gefrierfleisch verbrauchende Bevölkerung, also die Kerne unseres Volkes, in einem einzigen Jahr um die gewaltige Summe von 14 Millionen Mark geprellt worden ist. Mitten die bürgerlichen Parteien und der Rechtsblock auch nur eine Spur von Bewusstsein für die Not des Volkes, dann würden sie dem für diesen Skandal

mitverantwortlichen Minister einfach den Rauspfah gegeben haben. Statt dessen aber soll das arme Volk noch mehr geschöpft werden. Man will die zollfreie Einfuhr in einer bestimmten Höhe, die gesetzlich bis Ende Dezember 1927 garantiert ist, befeitigen, angeblich weil damit die Mißstände untrennbar verbunden seien. Das ist natürlich nur ein fauler Vorwand. Man braucht nur den Zwischenhandel, soweit er kapitalistischen Charakter hat, aufzukalten, um den Mißständen sofort ein Ende zu bereiten und der Bevölkerung billiges Gefrierfleisch zu verschaffen.

Zu Wirklichkeit will man durch einen gewaltigen Zoll die Einfuhr von Gefrierfleisch wesentlich erschweren, um so wohl den Preis des Gefrierfleisches als auch des Frischfleisches zu steigern. Es ist ein Zollfuß von 37,50 Mark pro 100 Kilogramm geplant, während frisches Schweinefleisch z. B. nur mit 21 Mark belastet ist. Das Gefrierfleisch würde also einen höheren Zoll zu tragen haben als das frische Schweinefleisch. Bei einem Einkaufspreis von etwa 40 Pfennig pro Pfund würde also der Zoll fast 50 Prozent des Wertes ausmachen. Eine geradezu unheimliche Vorstellung, die das Volk darstellt, was man sich je auf diesem Gebiete geleistet hat. Selbst im Jahre 1925 hat der Rechtsblock ein solches Attentat gegen die Lebenshaltung des Volkes nicht gewagt. Die christlichen Arbeiterführer wollten damals einen Zollfuß von 15 Mark gestehen, während die Agrarier 21 Mark verlangten. Bedeutet man ferner, daß durch die Mißstände mit dem Handel von Einfuhrerlaubnissen das Pfund Gefrierfleisch um 7 Pfennig verteuert wurde, so muß man über die eiserne Stirn schauen, mit der jetzt eine Verteuerung von fast 19 Pfennig für das Pfund verlangt wird. Gibt es noch deutlichere Beweise für die volksfeindliche Haltung des Rechtsblocks?

### Erstes Geschenk: Hundert Millionen!

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurden am Donnerstag folgende Anträge der Regierungsparteien genehmigt:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, die Gewährung von zweifelhafte zu übernehmenden Krediten zwecks Umschuldung drückender sich wachsender Schulden an Landwirte, die in der rationalen Fortführung der Betriebe bedroht sind, herbeizuführen und zu dem Zweck

1. an territoriale Kreditinstitute, von denen die Aufnahme entsprechender Anleihen für denartige Kreditzwecke zu erwarten ist, alsbald Darlehen in Höhe von zusammen hundert Millionen Reichsmark zu gewähren.

2. Nach Bedarf weitere Darlehen zu gewähren, soweit die Beträge durch Abgabe von Staatswechseln zu beschaffen sind.“

Weiter wurden Kreditverleihen, Steuererleichterungen, Erlass von Zinsen usw. beschlossen, so daß die ostelbischen Großgrundbesitzer einen gesegneten Tag zu buchen hatten.

Die Summen für Erleichterungen bei der Einkommen- und Umsatzsteuer für die Großagrarier betragen 15 bis 20 Millionen Mark, für Erleichterungen bei der Vermögenssteuer 25 bis 30 Millionen Mark.

Zugleich soll die Reichsregierung eine Zeitschrift über die Lage der Landarbeiter und die Belastung der Großgrundbesitzer durch die sozialen Versicherungsbeiträge veröffentlichen. Vielleicht will man den Grundbesitzern auch ihren Teil der Versicherungsbeiträge abnehmen!

### Weitere 30 Millionen!

Am Schluß der Sitzung gab Reichernährungsminister Schiele im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung ab: „Die Reichsregierung wird zur Organisation des Absatzes von Schlachttier und Fleisch und von Einrichtungen, die diesem Zwecke dienen, Reichsmittel im Betrage bis zu 30 Millionen Mark zur Verfügung stellen.“ Der Minister begünstigte diese Maßnahme mit der Notwendigkeit, die übergroße Preisspanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen zu verringern. Die 30 Millionen stiegen also den Zwischenhändlern in die Tasche! Auf die Anfrage des Vorsitzenden Abg. Heimann (Zsg.), wo die angeforderten 30 Millionen Mark im Reichsbudget erscheinen würden, gab Reichernährungsminister Schiele die Antwort, daß die Reichsregierung den Finanzminister ermächtigt habe, den Kredit dort einzusetzen, wo er es für zweckmäßig hält.

### „Die perverbe Plage“

H. Breslau, 26. Januar. (Eig. Drahtber.)

Der am Donnerstag in Breslau abgehaltene 9. Schlesische Landtag hatte sich als Hauptreferenten den ehemaligen Reichsanwalt Dr. Luther erkoren. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ihm unter dem Namen „Drahtber.“, was während seiner Regierungsjahre noch wenigstens einmal eine offizielle Landtagsüberreichung, die Verdienstmedaille des Schlesischen Landtages überreicht. Dann legte Luther ein, Er grüßte seinem 700-Millionen-Geschenk an die Industrie nicht nur gegen die mangelnde Sparsamkeit der Behörden, sondern auch gegen die soziale Fürsorge. Anschließend eiferte er für die Vorherrschaft des Schlesischen Landtages, Preußen u. Reichstages, nach. Er wünschte, daß seine neuen Schulpläne entworfen und gefördert werden, daß die Heberfülle von Verpflichtungen aus der Sozialgesetzgebung endlich aufhöre. Von der Arbeitslosenunterstützung sprach er als von einer perverben Plage, die nur geeignet sei, den Arbeitswillen weiter zu schwächen. Luther der Sozialdemokratie wurde auch der Kleinbauernbund in der nächsten Weise beschimpft.

Die Tagung endete mit einer Entschließung gegen den Abschluß eines Handelsvertrags mit dem untervalarischen

Zum 27. Januar 1928.



### Des Bürgers Glückwunsch zu Kaisers Geburtstag

D. Berlin, 27. Januar. (Eig. Fundbruch.) Die Geburtstaggrüße der deutschen Presse für den Kaiser sind äußerst spärlich. Das ehemalige Reichsblatt Wilhelm II., der jetzt im Besitz Augustenbergs befindliche Lokalzeitung, widmet dem obersten Herrscher gerade fünf Zeilen. Die Deutsche Tageszeitung gedenkt seiner überhaupt nicht, während sich die Deutsche Zeitung des Oberbischöflichen Clafs seiner in tiefer Bebnut erinnert. In der hier veröffentlichten Rundgebung heißt es: Die Verlänge-

ring des Republikanengesetzes, dessen unerhörte Bestimmungen den Kaiser aus der deutschen Volksgemeinschaft ausschließen, und zuletzt die Ernennung des Generals Gröber zum Reichswehrminister — das sind Vorgänge, die Kaiser Wilhelm tief betreffen haben müssen. — Das eine wie das andere wäre ohne Zustimmung und stillschweigende Zuldung durch die Deutschnationalen Volkspartei nicht möglich gewesen. Aber mehr als die „Treu zum angestammten Herrscherhaus“ gilt ihnen die „Futterkrippe“.